

Kriege für unseren Wohlstand?

Christen bekennen Farbe

Ökumenische Erklärung von Christinnen und Christen aller Konfessionen zu Militärdoktrinen im Dienste nationaler Wirtschaftsinteressen

Aufruf November/Dezember 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Schwestern und Brüder in der Ökumene,

bereits 2006 haben – etwa zeitgleich zur Vorlage des Bundeswehr-Weißbuches – Christinnen und Christen aller Konfessionen eine „Ökumenische Erklärung zu Militärdoktrinen im Dienste nationaler Wirtschaftsinteressen“ vorgelegt. Inzwischen zeichnen über tausend Frauen und Männer, darunter auch Christen aus den USA (unter der englischsprachigen Fassung). Die Erklärung steht mit Unterschriftenformular und weiteren Materialien im Internet: <http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/aktionen/004080.html>

Fast fünf Jahre später werden insbesondere auch in unserem Land die Tabubrüche immer erschreckender. Zuletzt haben Bundespräsident Horst Köhler und nunmehr auch Minister Karl-Theodor zu Guttenberg sich offen für Militärplanungen zur Wahrung des nationalen Wohlstandes ausgesprochen (vgl. Anlage Seite 2).

Auf dem Globus hungern mehr als eine Milliarde Menschen, während die rein zivilen Hilfsfonds sich gegenüber den gigantischen Rüstungsbudgets wie Portokassen ausnehmen. Rund 15 Prozent der Menschenfamilie beanspruchen für sich mehr als Zweidrittel des weltweiten Energieressourcen-Verbrauchs, des Einkommens und des Konsums. Selbstredend kann eine solche Weltunordnung zugunsten der reichen Länder nur mit militärischen Mitteln aufrechterhalten werden. Seit dem Zweiten Weltkrieg gab es nie eine so breite Welle der Militarisierung und der Tabubrüche in Kriegsfragen wie in diesem Jahrzehnt.

Wer Kriegsplanungen zur Sicherung von Wirtschaftsinteressen das Wort redet, verlässt die Treue zum Evangelium und den Friedenskonsens der gesamten Ökumene. Wir fragen uns mit tiefer Besorgnis, wann unsere großen Kirchen in dieser Frage endlich laut ihre Stimme vernehmen lassen. Wir bitten um eine erneute Verbreitung der Ökumenischen Erklärung gegen Wohlstandskriege. Insbesondere auch Mitglieder von Kirchenleitungen können durch ihre Unterzeichnung Farbe bekennen.

Mit gutem Gruß
Peter Bürger und Friedhelm Meyer
im Namen der Solidarischen Kirche im Rheinland

Die Tabubrüche des Jahres 2010: Bundespräsident und Minister von Guttenberg votieren für Militärplanungen zur Wohlstandssicherung

Im Mai 2010 hat Horst Köhler als Staatsoberhaupt offenherzig mitgeteilt, dass im Hintergrund westlicher Militäraktivitäten selbstverständlich eine Doktrin der ökonomischen Interessenssicherung steht. Im Interview mit Deutschlandradio Kultur über den sog. Afghanistaneinsatz äußerte er am 22. Mai 2010:

► Meine Einschätzung ist aber, dass insgesamt wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen. Alles das soll diskutiert werden und ich glaube, wir sind auf einem nicht so schlechten Weg. [...] Wir haben ja diese traurige Erfahrung gemacht, dass Soldaten gefallen sind, und niemand kann ausschließen, dass wir auch weitere Verluste irgendwann beklagen müssen. [...] Man muss auch um diesen Preis [weiterer Todesopfer] sozusagen seine am Ende Interessen wahren [sic!]. Mir fällt das schwer, das so zu sagen. Aber ich halte es für unvermeidlich, dass wir dieser Realität ins Auge blicken.

Nun hat am 9. November auch Freiherr von und zu Guttenberg, Minister für das Militärressort, in dieser Sache ein noch viel deutlicheres Bekenntnis abgelegt und Unverständnis für die Kritik an Köhlers Skandalrede geäußert. Dazu das Handelsblatt:

► Die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands müssen aus Sicht von Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg auch militärisch abgesichert werden. Der Zusammenhang von regionaler Sicherheit und deutschen Wirtschaftsinteressen müsse offen und ohne Verklemmung angesprochen werden, forderte der CSU-Minister am Dienstag bei der Berliner Sicherheitskonferenz. [...] "Der Bedarf der aufstrebenden Mächte an Rohstoffen steigt ständig und tritt damit mit unseren Bedürfnissen in Konkurrenz", sagte Guttenberg. Diese könne zu neuen Krisen führen. Die Verknappung der Rohstoffe beeinflusse das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands. "Da stellen sich Fragen auch für unsere Sicherheit, die für uns von strategischer Bedeutung sind."

Handelsblatt (9.11.2010)

Wie solche Vorstellungen mit dem Grundgesetz, dem Völkerrecht und der ökumenischen Friedensethik vereinbar sein sollen, haben die beiden christlichen Politiker nicht erläutert.

„Treue zum Evangelium und Bekenntnis zum Gott des Friedens“



Ökumenische Erklärung von Christinnen und Christen aller Konfessionen zu Militärdoktrinen im Dienste nationaler Wirtschaftsinteressen

Die Gemeinschaft der Kirchen umfasst heute Christen, die einen „Friedensdienst mit Waffen“ für möglich halten, und christliche Pazifisten. Diese Gemeinschaft von Christen auf unterschiedlichen Wegen und in gegenseitigem Respekt basiert auf dem ökumenischen Konsens, dass Krieg nach Gottes Willen nicht sein darf. Ohne diesen Konsens kann sie nicht bestehen.

Im dritten Jahrtausend werden nun in der so genannten „westlichen Welt“ immer offener nationale Wirtschaftsinteressen als Zielvorgaben in militärischen Planungen geltend gemacht und sogar dem zuarbeitende Verfassungsänderungen angestrebt. Verschiedene Militärdoktrinen nennen in diesem Zusammenhang unter anderem „freie Weltmärkte“, freie Handels- und Seewege, den Zugang zu Rohstoffen, eine gesicherte Versorgung mit Energie-Ressourcen, die Wahrung des nationalen Wohlstands und eine Abwehr von Immigration aus armen Erdregionen.

All diese Gesichtspunkte rechtfertigen weder nach dem Völkerrecht noch nach der Friedensethik der christlichen Ökumene den Einsatz von tödlichen Waffen oder die Gefährdung des Lebens von Zivilisten und Soldaten.

Als Getaufte erklären wir in aller Deutlichkeit: Wer für Soldaten betet und *gleichzeitig* Militärdoktrinen zugunsten von Wirtschaftsinteressen befürwortet, lästert Gott.* Wer nationale Wirtschaftsinteressen zur Rechtfertigung von militärischem Handeln heranzieht, verlässt die Treue zum Evangelium und trennt sich selbst von der Gemeinschaft der Glaubenden. Wir bitten alle Schwestern und Brüder inständig, das gemeinsame Band nicht zu zerreißen, am Bekenntnis zum Gott des Friedens festzuhalten und gegen jegliche politische Rechtfertigung von Kriegen aus wirtschaftlichem Interesse Widerstand zu leisten.

*[*Selbstredend wird hier nicht das Gebet für Soldaten abgelehnt! Als Lästerung ist verstanden, das Leben von Soldaten – scheinheilig – unter Gottes Schutz zu stellen und es GLEICHZEITIG durch wirtschaftlich motivierte Militärplanungen zu gefährden.]*

**Sie können diese Erklärung über das Email-Formular im Internet
unterzeichnen:**

<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/aktionen/004080.html>

oder auf dem Postweg:

c./o. Lebenshaus Schwäbische Alb e.V., Postfach 1145, D-72497 Gammertingen,

E-Mail: info@lebenshaus-alb.de